

### Drei Sorten von Guldschienen.

Die in London tagenden Sachverständigen der Entente haben jetzt folgenden Vorschlag ausgearbeitet:

Deutschland soll drei Sorten von Bonds liefern. Die ersten im Wert von 12 Milliarden sollen sofort der Reparationskommission übergeben werden, die sie nach dem in Spa festgesetzten Schlüssel unter die Alliierten verteilt, aber auf das Vorzugsrecht Belgiens im Betrage von 2 Milliarden Rücksicht nimmt. Eine zweite Kategorie von Bonds im Werte von 50 Milliarden soll am 1. November 1921 emittiert und ebenfalls der Reparationskommission übergeben werden. Die sie unter die Alliierten verteilt.

Schließlich werde die Reparationskommission die Forderung von 80 neuen Milliarden Schabbons verlangen, wenn sie die Versicherung habe, daß der Weltmarkt sie aufnehmen und Deutschland sie bezahlen könne. Diese Bonds sollen garantiert werden durch eine allgemeine Hypothek gemäß Artikel 248 des Friedensvertrages aus allen Werten und Einnahmequellen Deutschlands sowie durch besondere Pfänder, namentlich Zolleinnahmen, deren Ertrag man auf eine Milliarde Goldmark schätzt. Auch eine Kommission für die deutsche Schuld soll in Berlin errichtet werden. Die Diskussion über die Anzahl der Jahreszahlungen, ob 30 oder 42, wird fortgesetzt.

### Die belgischen Sozialisten gegen Frankreich.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat der Generalrat der sozialistischen Partei in einer besonderen Sitzung die Frage der Sanktionen erörtert. Justizminister Vandervelde habe erklärt, man müsse der Politik der Alliierten die Politik der Sozialdemokraten, wie sie in Amsterdam festgesetzt worden sei, entgegenstellen. Er sei entschlossen, mit seinen sozialistischen Kollegen das Ministerium zu verlassen, wenn Belgien sich den Beschlüssen anschleße, die die französische Regierung zur Durchführung bringen wolle.

### Widerstände doppelter Natur.

Die französischen Forderungen über die Londoner Konferenz geben zu, daß die Pariser Sanktionspläne doch auf unerwarteten Widerstand gestoßen sind. Man kann aus der Zusammenstellung der verschiedenen Berichte auch deutlich erkennen, daß diese Widerstände doppelter Natur sind. In England hat man die französischen Absichten auf eine dauernde Besetzung des Ruhrgebietes durchschaut und ist deshalb mißtrauisch geworden in bezug auf die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Besetzung. Der Premierminister Lloyd George möchte deshalb die Besetzung des Ruhrgebietes an bestimmte Bedingungen knüpfen, die es den Franzosen unmöglich machen sollen, sich dauernd festzusetzen, selbst wenn Deutschland seiner Entschädigungspflicht nicht nachkommt. Der Vertreter Italiens, Graf Storza, hat gegenüber dem französischen Besetzungspolitanerseite rein rechtliche Bedenken geltend gemacht unter Hinweis auf den achten Abschnitt des Versailler Friedensvertrages. Er betonte, daß die Reparationskommission nach der Auffassung ihrer Entschädigungsforderungen Deutschland nurmehr einen Tilgungsplan zu unterbreiten habe und daß Deutschland eine Frist gelassen werden müsse zur Annahme oder Ablehnung des Planes. Wie die Pariser Mäntel melden, hat sich Lloyd George dieser Auffassung angeschlossen. Er soll sogar in lebhafter Weise Briand bedeutet haben, daß Frankreich seine Truppen mobil machen könne, daß aber auf eine derartige Maßregel die alliierten Regierungen vorläufig verzichten, so lange sie nicht selbst die Durchführung von Zwangsmassnahmen beschlossen haben. Die vorläufig zugelassene italienische Auffassung wird, falls sie durchdringt, zur Folge haben, daß die Reparationskommission Auftrag erhält, Deutschland einen Tilgungsplan zu unterbreiten mit der Forderung einer kurzen Frist für die Annahme oder Ablehnung.

### Ein Einspruch Amerikas?

Nach einer Zeitungsmeldung aus Washington haben die Vereinigten Staaten einen energischen Einspruch gegen die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands eingebracht. Dieser Einspruch wurde durch die alliierten Vorkämpfer an ihre Regierungen weiter geleitet. Amerika mißbilligt besonders das Andradentuer. Der amerikanische Staatssekretär für Äuheres hat jede Erörterung dieser Frage abgelehnt. Dieser Protest sei von den alliierten Vorkämpfern dem Obersten Rat in London zugestellt worden. Die Mitteilung Amerikas hat angeblich keinen offiziellen Charakter.

### Vereinheitlichung der Reichsverwaltung.

#### Die Richtlinien.

Die Kommission zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Reichsverwaltung trat unter dem Vorsitz des Reichsministers Koch im Reichsministerium des Innern zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die der Kommission von dem Vorsitzenden vorgelegten Fragen wurden mehreren Unterkommissionen überwiesen. Die Kommission stellte für die Arbeit dieser Unterkommissionen folgende vorläufigen Richtlinien auf:

1. Eine Verringerung der Zahl der Ministerien ist zur Förderung der Arbeitssamkeit des Kabinetts und zur Vereinigung von Leistungen in den Ministerialabteilungen erforderlich.  
2. Vermögensverwaltungen, Betriebsverwaltungen und andere Verwaltungen mit selbständigem Arbeitsgebiet ohne unmittelbare politische Bedeutung sind, soweit ihre zentrale Behandlung überdurchaus erforderlich ist, aus den Ministerien möglichst auszulagern und an zentrale Reichsmittelbehörden abzugeben, die möglichst selbständig zu gestalten sind. Dabei ist zu prüfen, inwieweit bei dem Ausbau dieser Stellen die Gesichtspunkte der Selbstverwaltung oder der privatrechtlichen Organisationsformen anwendbar sind. Solche Verwaltungen sind grundsätzlich dem Fachministerium zu unterstellen.  
3. Das Reich bedient sich zur Ausübung seiner Aufgaben grundsätzlich der Landes- und Gemeindeverwaltungen. Ein Unterbau des Reiches durch neue Bezirke- oder Ortsbehörden ist zu vermeiden. Aufgaben wirtschaftlicher und finanzieller Art, die sich aus besonderen Gründen zur Übertragung an die Landesbehörden nicht eignen, können aus den Ministerien an die Landesfinanzämter und Finanzämter übertragen werden. Selbständige wirtschaftliche Reichsstellen, die außerhalb der Landesbehörden, sind möglichst zu beseitigen oder den Finanzämtern anzugliedern. Für die Verkehrsministerien ist die Übertragung bisher zentraler Aufgaben an ihre Landesbehörden besonders zu prüfen.  
4. Dem Beamtennachwuchs des Reiches muß eine besondere Sorgfalt geschenkt werden. Es empfiehlt sich aber nicht, daß die Reichsministerien, die keinen eigenen Unterbau haben, sich ihren eigenen Beamtennachwuchs heranbilden. Ein tüchtiger Beamtenstab ist, soweit er nicht aus der Reichsverwaltung, insbesondere den Betriebsverwaltungen entnommen werden kann, durch Verleihung mit den Ländern wegen Übernahme oder Austausch von Beamten zu sichern.

### 718 amerikanische Milchfühe.

#### In Bremen angekommen.

Am 1. Mai mittags traf der Dampfer „West Arrow“ mit dem zweiten Transport von 718 amerikanischen Milchfühen und 70 Kübern wohlbehalten im Bremer Hafen ein.

Die prächtig aussehenden Tiere nebst dem benötigten Kraftfutter sind diesmal hauptsächlich von deutschfreundlichen Farmern in Dakota, Iowa und Wisconsin geschenkt worden, und zwar in erster Linie zur Verwendung in bedürftigen Wohlfahrtsanstalten. Diese Milchfühe stammen, wie auch die weiteren etwa 5000 für einen späteren Transport bereitstehenden, aus den Nordstaaten der U. S. A. und können infolgedessen als frei von Typhusfieber angesehen werden.

Weitere Angebote amerikanischer Schenker müssen noch zurückgehalten werden, bis die Transportschwierigkeiten überwunden sind. Mit Rücksicht auf irreführende Mitteilungen, die letzthin veröffentlicht wurden, muß darauf hingewiesen werden, daß die American Dairy Cattle Company das Kraftfutter für die Tiere stets geschenkt hat, und daß somit das vielgewünschte Kraftfutter auch in reichlichem Maße nach Deutschland kommt.

Von den mit dem ersten Transport eingetroffenen 735 Milchfühen sind 718 den verschiedenen bedachten Städten mit der ersten Rate des dazu geschenkten Kraftfutters von etwa 100 000 Kilo ausgeliefert worden, wo sie nunmehr bedürftigen Müttern und Kindern Milch spenden.

### Arbeiter und Angekettete.

Dresden. (Lohnbewegung in der sächsischen Textilindustrie.) In Sachsen-Thüringen droht ein Lohnkampf der Angeketteten in der Textilindustrie. Die Arbeitgeber haben den im Januar abgeschlossenen Tarifvertrag gekündigt, weil sie die technischen Beamten aus dem Vertrag herausnehmen und auch sonst verschiedene Änderungen vornehmen wollen. Alle bisherigen Einigungsversuche sind ergebnislos geblieben, so daß, nach der Mitteilung der Angekettetenorganisationen, mit dem Ausbruch eines großen Lohnkampfes gerechnet werden muß.

Newyork. (Amerikanischer Docksarbeiterstreik.) Der Streik der amerikanischen Docksarbeiter ist ausgebrochen. In zahlreichen Versammlungen wurde beschlossen, daß, falls keine Einigung mit den Schiffseignern zustande kommen sollte, kein Schiff, das die amerikanische Flagge trägt, die hohe See erreichen dürfe. Der Streik umfaßt bereits alle Häfen des Stillen und Atlantischen Ozeans.

### Welt- und Volkswirtschaft.

Berliner Produktenderte. Nichtamtlich sind am 2. Mai im Berliner Produktenderte folgende Preise ermittelt für 50 Kilogramm ab Station: Weizenrot, Victoria 130-145 M., andere Rogg- und Futtererbsen 100-120 M., Gerste 90-103 M., Ackerbohnen 100-108 M., Wicken 65-85 M., Lupinen, blaue 40-43 M., gelbe 45-58 M., Erbsen 48-50 M., keine Zusatzqualitäten obiger Artikel über Notiz bezahlt, Mais 190-200 M., Weizen 200-225 M., Weizenklein 58-66 M., Stiefelschmelz 80-83 M., vollwertige Zuckerrüben, helle 130-145 M., Napfsüden 51-70 M., Weizen 130-145 M., Torinmelz (30/70) 42-47 M., Weizen, lose, gesund und trocken 18-20 M., gut, gesund und trocken 21-23 M., Stroh, drabgepreßtes Weizen- und Roggenstroh 18-19 M., Halmstroh 15,50-17 M., gebündelt 16-17 M., Weizen (Preis um 1 1/2 M.), lose, frei Railwaggon Hamburg, Plata badstehend 128 M., Mai 115-116 M., Weizen badstehend 122 M., Mai 110 M., Weizenstehne je nach Provenienz, weiße 34-35-34 M., rote 21-22-21,50 M.

Der Handelsverkehr mit dem besetzten Gebiet. Im Süddeutschen Exportverein, der in Mannheim seine Jahresversammlung abhielt, sprach der Vorsitzende des Vereins über die Sanktionen, die er betonte in seinen Ausführungen, daß der Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet kaum noch möglich ist. Zentrale Außenhandelsstellen im besetzten Gebiet seien aufgehoben. Die von Köln nach Bad Ems verlegten Eisenbahnen können dem Andrang in keiner Weise genügen. Das sei aber auch die Absicht, weil man sich seitens der Entente ein Abgabegbiet im besetzten Gebiet schaffen und eine westliche Orientierung der Rheinlande herbeiführen wolle. Die Reichsregierung wolle der Exportindustrie nach Möglichkeit Erleichterungen schaffen. Man solle aber auch an Selbsthilfe denken. Die Lieferanten im unbesetzten Gebiet sollten den Zoll auf sich nehmen. Man habe auch an eine Zollausgleichstabelle innerhalb der Industrie gedacht. Die von den Exportvereinen der deutschen Industrie angelegte Postotierung solle streng befolgt werden.

Die sächsische Presse gegen die Papierversteuerung. Am Schluß des am letzten Sonntag in Leipzig stattgefundenen Hauptversammlungs der Landesverbände der sächsischen Presse wurde folgende Entschädigung einstimmig angenommen: Die in Leipzig tagende Hauptversammlung des Landesverbandes der sächsischen Presse protestiert auf das entschiedenste gegen die neuerliche ungerechtfertigte Erhöhung der Preise für Druckpapier, die insbesondere den deutschen Heftautoren und freien Schriftstellern die ideale Arbeit an inneren Aufbau des deutschen Volkes ungebührlich erschwert. Sie erklart in dem Vorgehen der Reichsregierung in dieser volkswirtschaftlich und politisch so bedeutungsvollen Frage, insbesondere in dem unvermittelten Anheben der Papierversteuerung und der dadurch bewirkten Auslieferung der deutschen Presse an die Besatzung der Papierfabriken einen bedauerlichen Mangel an Einsicht über Leben und Talsachverhältnisse der Presse. Der Landesverband der sächsischen Presse erwartet von der Reichsregierung schleunigste Korrekturmaßnahmen, die die augenblicklich am Papiermarkt herrschenden, die Allgemeinheit schädigenden Mißstände beseitigen. Er erklart in dieser Angelegenheit völlige Einvernehmen mit den deutschen Zeitungsverlegern.

### Aus den Landtagsauschüssen.

Ein Besoldungsausschuß, bestehend aus den Mitgliedern der beiden Haushaltungsausschüsse des sächsischen Landtages, ist zur Beratung der Besoldungsfrage eingesetzt worden. Ihm gehören an die Deutschnationalen Dr. Wagner und Böhrner, die Volksparteieller Anders und Schiffmann, der Demokrat Claus, die Mehrheitssozialisten Felsch, Winkler und Langhorst, die Unabhängigen Schmirch und Sachse und Kommunist Schmeißer. Zu Vorsitzenden wurden die Abgeordneten Felsch und Anders, zum Schriftführer der Abgeordnete Schmirch, zu Berichterstattern die Abgeordneten Anders und Winkler bestimmt.

Der Haushaltsausschuß A verabschiedete den Antrag zum Etat Kap. 29 (Landtag). Nach längerer Aussprache wurden die Fragen der Besoldung der Diener und Beamten an den Besoldungsausschuß verwiesen.

Der Rechtsausschuß beriet weiter über das Polizeigesetz. Die Regierungsparteien sind in dieser Frage nicht einig. Der Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie erklärte, seine Partei werde das Gesetz ablehnen: Sie wünsche lediglich die Verfassung der Kriminalpolizei. Die Mehrheitssozialisten verlangten, daß der Erlass des Gesetzes die Regelung der Beamtenwünsche bei der Polizei durch das sogenannte Organisationsgesetz erfolgen solle. Infolge dieses Wunsches mußte die Angelegenheit nochmals vertagt werden.

Der Haushaltsausschuß B beschloß einmütig die Uebernahme des Grand-Union Hotels auf den Staat.

Das Gesetz der Einmühen von Wohnung im Errichtung einer Eisenbahn von Reichenhain nach Sebnitz fand keine Genehmigung.

### Eine wichtige Sache!

Ingeachtet der bisherigen Hinweise auf das im Interesse der Beschäftigung von Erwerbslosen und vieler selbständiger Gewerbetreibender außerordentlich Bedenkliche ihrer Handlungsweise werden leider noch immer in großem Umfange von vordringlichen Arbeitern nach Beendigung der achtstündigen Arbeitszeit für dritte Auftraggeber Arbeiten besonders handwerksmäßiger Art verrichtet. Bei dem gegenwärtigen Vordringen des Wirtschaftslebens und der demgemäß in Sachsen besonders großen Zahl der Erwerbslosen muß dieses Verhalten besonders schädlich wirken. Die betreffenden Arbeitnehmer wollen sich immer wieder vor Augen führen, daß sie nicht etwa nur den Handwerksmeistern, sondern auch ihren eigenen Berufsgenossen, die jenseit bei ausreichender Beschäftigung einfließen könnten, die Arbeitsmöglichkeit nehmen, wenn sie nach Feierabend sog. „Pulsarbeit“ verrichten und daß zur Erlangung von Aufträgen jumeist Mittel angewendet werden müssen, die die Arbeitnehmerhaft sonst mißbilligt, beruht doch die scheinbare Billigkeit solcher Arbeiten in großem Umfange auf Unterbietung der Tariflöhne, Verwendung von entwendetem Material und Hinterziehung der Umsatzsteuer, besonders auf Zugausgaben, sowie der Arbeitgeberbeiträge zu den Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung. An die Arbeitnehmerhaft ergebt daher die dringende Aufforderung, sich der oben gekennzeichneten Pulsarbeiten zu enthalten. Im übrigen haben die Behörden Anweisung, in allen Fällen, in denen die Verrichtung von Nebenarbeit bekannt wird, den Finanzämtern zur Wahrnehmung des Steuerinteresses den Namen des Arbeiters und des Auftraggebers bekannt zu geben, auch ist den Strafverfolgungsbehörden Mitteilung zu machen, wenn hinsichtlich des verwendeten Materials begründeter Verdacht nicht einwandfrei dem Erwerbsbesitzer, wie auch Bestrafung wegen unterbliebener Gewerbeanmeldung in Frage zu ziehen ist. Aber auch die Auftraggeber, mögen sie nun Private oder selbständige Gewerbetreibende sein, seien darauf hingewiesen, daß sie sich bei der Inanspruchnahme von Pulsarbeit großer Gefahren infolern aussetzen, als sie sich in allen Fällen, in denen gekohltes Material verwendet wird, der Bekehrer schuldig machen, die nicht mit Geldstrafe, sondern nur mit Gefängnis und im Falle der Gewohnheitsmäßigkeit sogar mit Zuchthaus bedroht ist. Auch ein weiteres Moment verdient noch besondere Beachtung. Gerade bei Nebenarbeiten ist ein Unherablassen der Unfallversicherungsbeiträge häufig. Die Unfallgefahr ist hier besonders groß. Bei Unfällen oder, die sich während der Verrichtung von Nebenarbeiten ereignen, tritt die Berufsgenossenschaft nicht ein; vielmehr hat der Auftraggeber selbst dem Arbeiter schuldlos zu halten, also bei schweren Unfällen häufig hohe und lebenslängliche Unfallrenten zu gewähren.

### Die Maifeier in Naunhof.

Die werktätige Bevölkerung Naunhofs und der anliegenden Ortsteile hatte dem Aufrufe der sächsischen Gewerkschaften und des Ortsvereins der U. S. P. D. zur Teilnahme an der Maifeier in Naunhof zahlreich Folge geleistet und wurde diese eingeleitet durch ein Marktkonzert der Naunhofer Stadtkapelle, das viele Konzertliebhaber anlockte. — Nachmittags 1/3 Uhr begann im Stern die große öffentliche Festversammlung, wobei unter gefamtes Stadtkonzert unter persönl. Leitung seines Direktors, Herrn Blohm, sein Bestes bot und Vertien ausgemählter Konzertstücke zu Gehör brachte. Hiernach begrüßte der Redner, Vorsitzende, Gen. König die Erschienenen mit kernigen Worten, betonte aber, daß leider nur ein Teil der sächsischen Arbeiterschaft es für nötig gehalten habe, an dieser Festversammlung teil zu nehmen, worauf er dem Referenten, Gen. Wildels aus Leipzig das Wort zu seiner Festrede erteilte.

Lieber den 1. Mai in der Vergangenheit ließ der Redner all das hervorheben aus dem Schaffen der sächsischen Arbeiterschaft, was die Erinnerung an den Aufbruchstag der Arbeiterschaft im Jahre 1889 in allen Industrieländern herzugeben vermag. In Deutschland erbrannte, nachdem ein Jahr danach das dauerhafte Ausnahmeregime gegen die Sozialdemokratie gefallen war und dadurch die Bewegungsfreiheit größer wurde, langer Streit um die Art der Maifeier. Jetzt Jahre später stand die deutsche Arbeiterschaft vor der Gefahr, durch eine gemeingefährliche Eingebung des „sozialen Realismus“ ihren rein wirtschaftlichen Kampf mit dem Jagen, Zuchtungsgeheh unterbreiten und sich selbst dadurch dem Unternehmertum ausgeliefert zu sehen. Das Meer der organisierten Arbeiter ist riesig geworden und man darf des Erfolges sich freuen, wenn auch vieles noch besser sein könnte. Unter allen Maßforderungen stand die der Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden an erster Stelle. Trotz des unausdrücklichen Drängens der Arbeiterschaft ist in der wühmischen Vergangenheit jeder Versuch der gesetzlichen Festlegung der Arbeitszeit für die Arbeiter am Widerstande der Kapitalistenklasse gescheitert. Erst der Zusammenbruch im Weltkrieg und der sich ihm anschließenden proletarischen Revolution brachte den Achtstunden-Arbeitslag. Die Volksbeauftragten der Revolutionenregierung verordneten ihn und später erlangte er durch die verfassunggebende Nationalversammlung auch Gesetzeskraft. Schon ist man wieder am Werke, den Achtstundenlag zunächst zu machen resp. abzuhauen. Dagegen wird die gesamte organisierte Arbeiterschaft sich erheben und planmäßig alle Anschläge vereiteln. Wie Kopf- wie Handarbeiter werden ein solch reaktionäres Unternehmen abzuwehren wissen, den Achtstundenlag läßt man sich nicht rauben — er ist ein Kulturschicksal für das Volksganze. Dem Reaktionären, den Stimmes und Konjorten wird sich die Arbeiterschaft gewachsen zeigen und „gegen“ dieses austreten. Der 1. Mai 1921 steht die Drahtenlast des Weltkrieges ausgegangen in Gestalt einer schweren Weltwirtschaftskrisis und riesiger Arbeitslosigkeit. Schon ist trotz der noch herrschenden großen Teuerung der Versuch unternommen, den Lohnabbau vorzunehmen. Am Hand von Zahlenmaterial bewies Redner, daß auch in den andern Ländern eine große Arbeitslosigkeit herrscht, zum Teil noch größer als in Deutschland, dazu kommt noch das Veehrliz-arbeiten. Zum Schluß forderte der Vortragende die männliche und weibliche Arbeiterschaft auf zu gezieltem Zusammenhalt auf, denn jede Zerplitterung in ihr sei von großem Schaden für die Arbeiterschaft selbst.

Den zündenden Worten des Festredners folgte langanhaltender tosender Beifall, wie auch Gen. König demselben namens der Anwesenden herzlich dankte. Hiernach ging es im geschlossenen Demonstrationzug durch die Straßen der Stadt unter Vorantritt der Stadtkapelle und der sog. Proletariatsjugend mit roten Fahnen.

Unter noch größerem Andrang als am Nachmittags fand gegen 7 Uhr im Sternplatz ein öffentlicher Unterhaltungs- und Theaterabend statt. Viele der Festteilnehmer mußten mit einem Sitzplatz vorlieb nehmen. Der erstarkte Männergesangsverein „Frohlinn“ unter der geführlchen Leitung des Herrn Dirigenten Herrn Orlopp, entbot klugvolle Freilichtlieder, die infolge der guten Stimmenbegabung besonders schön zu Gehör gebracht wurden und allgemein gefielen. Der Vorsitzende, Gen. Wendi brachte außer seiner markigen Begrüßungsansprache zwei Rezitationen ausdruck-

voll und sinnvoll ihr einträgliches Maifeierabend einflußvoll Geistes des Werdenslebensbildes. Im Genossen wie Gen in ihre Rollen hin bei den Befahren wiederholt Kämpfe neuen elektrischen Friedigt über den 2

Eine Maifeier namentlich aber am Sonntag der Beipig an seine genau wie er im zum 32. Mai den 1. Mai. Wed nie so kräftig wie Maifeier berechtigt am Ende eines nicht dem Mut, zu müssen Einkehr bei dardelt unferer Be forderungen der w maßlos ungeracht. letzten 2000 Jahre; bei der Entente de bei dem Römer Kolonien mehr hab und wertvolles B forderungen der G bedrohen den ganz ichen Arbeiterklasse, aufrechterhalten; den Sieg der Bern der Tag der arbeit beengt. Der Tag Kultur, denn wie ganze Geschichte de sind die Fragen de werden wir uns h die Entwicklung de die ökonomische A Kunst und der Kult das rein Nützlich, dürftige beherrsch die Rohstoffe und großen Schicksalswe genügt, uns ein gung für die Zukun Neben kann uns z ausländischen Arbeit fähren: „Näme wer Arbeiter werden nicht auslaugen. Das ist sich die Interesseng demokraten auch in nel. Die Liebe zur zu sein, denn die M mendigkeit unferer r kommt alles auf da eine Kulturaufgabe wollen wir schägen h deshalb feiern wir h Starke Beifall Ausführungen, die so

Sächsische Sonnenaufgang Sonnenuntergang 1521 Luther 19 Aufstuf Raphael Dreihundertvierzig Die Einkommenminister erließ Erhebung der 1921: Bis zum 1. des für das Reden im Rechnung sig weiter zu ja zahlen war. Die der Anordnungen desfinanzämter e Jahlungsetzten, Gete Ho Die Bücher nicht mehr geben. schlanen Patron hinhinnehmen müßte Sie sich leicht da nicht so klümmen rachten, daß Sie Fräulein v. Stee seines Wunsches Neife nach Amer ten — „Schüler“ wanderte. Ich sagte Z nicht zu fetten, er immer auf die Re erwarten, und J ist unbegründet, mit keiner Silbe laube. — Sehen G Der Baron wa stete der Aufford ergriff er die Fede Bogumil Müer flande, leer und Wonne ihm großer So verstrich k kein Wort mitteln wieder hin. „Lefen Sie!“ reichte. „Sie solle gangen.“ „Vortrefflich!“ gelesen hatte. „N der Herr Papa in ersten Augenblick